

Eine andere Geographische Rundschau am Institut für Geographie und Regionalforschung Wien

Liebe Geographinnen, liebe Geographen,

aufgrund der seit Donnerstag, den 22.10.2009 anhaltenden Proteste der Studierenden, hat eine Gruppe von GeographInnen am Montag, den 27.10.2009 eine HörerInnenversammlung einberufen, um interessierten Studierenden die Möglichkeit zu geben, sich über die Proteste zu informieren und über spezifische Probleme am Institut für Geographie und Regionalforschung (IfGR) zu diskutieren. Im Anschluss an die HörerInnen-versammlung wurde die Arbeitsgruppe Geographie gegründet, welche als Plattform dient, um sich auch weiterhin aktiv an der Protestbewegung zu beteiligen. Durch die Diskussion der allgemeinen Forderungen und den Versuch diese auf die Situation am IfGR umzulegen, zeigte sich, dass durchaus auch an unserem Institut Diskussionsbedarf besteht. Auf der Wiki Internetplattform der AG Geographie wurden daraufhin einige Diskussionspunkte, Probleme und Anliegen von StudentInnen des IfGR gesammelt und veröffentlicht.

Sowohl das Wiki, als auch die Treffen der AG Geographie und die HörerInnenversammlungen haben offenen Charakter und jede/r Interessierte ist herzlich willkommen daran teilzunehmen. Da es uns alle betrifft, soll jedem/r die Möglichkeit gegeben werden selbst zu Wort zu kommen und sich an der Diskussion über unsere Universität und unser Institut zu beteiligen. Dialog stellt eine wichtige Grundlage für jedes demokratische System dar, als solches wir die Universität gerne wahrnehmen würden. Auch ist es der erste Schritt am Weg zu einer gemeinsamen Gestaltung unseres Instituts. Die bisherigen auf diese Weise diskutierten und formulierten Probleme und Anliegen der StudentInnen des IfGR sind vielfältig:

Einige Diskussionspunkte betreffen das Bachelor- und Mastersystem. Hierbei stellen vor allem die fehlende Flexibilität, in Bezug auf freie Wahlfächer, die im Bachelorstudium nicht vorgesehen sind, sowie die Studieneingangsphase (STEP), die Voraussetzung zur Fortsetzung des Studiums ist, wichtige Kritikpunkte dar. Dies steht auch in Zusammenhang mit der generell gewünschten Verstärkung der interdisziplinären Bildungsmöglichkeiten und der damit verbundenen Anrechenbarkeit externer Lehrveranstaltungen, welche transparenter gestaltet werden sollte. Darüber hinaus wird ein umfangreicheres Mitbestimmungsrecht für die StudentInnen und das allgemeine Universitätspersonal gefordert. Darüber hinaus werden mehr Räumlichkeiten für die Lehre, sowie Arbeits- und Aufenthaltsräume benötigt. Beim Lehrangebot besteht aus der Sicht einiger GeographiestudentInnen Diskussionsbedarf, vor allem was das Angebot an „bezahlbaren“ Exkursionen betrifft. Weitere wichtige Punkte betreffen die fehlende Transparenz bei der Verteilung der ECTS-Punkte, sowie die Verlängerung von Übergangsfristen für das Diplomstudium und die Verteilung der zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen.

Diese und andere wichtige Themen sollen im Rahmen der kommenden Versammlung im Hinblick auf mögliche Ergänzungen und Handlungsmöglichkeiten diskutiert werden. Die HörerInnenversammlung findet am 17.11.2009, um 13:00 Uhr im Hörsaal 5A des IfGR statt. Wir hoffen auf rege Beteiligung vieler StudentInnen und Institutsmitglieder und freuen uns auf eine konstruktive Diskussion über die Situation an unserem Institut.

Eure „AG Geographie“

**HörerInnenversammlung der Geographie - Dienstag 17.11.2009 13:00h
Hörsaal 5A des IfGR
alle Studierenden, Lehrenden, sowie das gesamte Personal
sind herzlich eingeladen**

Meinungsbilder zur aktuellen Situation

Persönliche Stellungnahme

Christian Vielhaber (Ao. Univ.-Prof. am IfGR)

Die zentralen strukturellen Neuorientierungen des UG 2002 waren bereits im UG 1993 ersichtlich. Die Energie, die in die Umsetzung dieses ersten Konzepts gesteckt wurde, war allerdings wesentlich geringer, verglichen mit der explosiven Durchsetzungskraft, die von den Steigbügelhaltern der Reform in die Realisierung des UG 2002 investiert wurde. Das führte dazu, dass eine ganze Reihe von Hochschullehrer/-innen, ihre ablehnende Haltung den Veränderungen gegenüber kaum oder nur höchst unzureichend artikulieren konnten. Sie waren vom Umsetzungswillen jener Gruppe, die mit allen Mitteln die bereits erreichte Rationalität einer Partizipation von Studierenden und Mittelbauzugehörigen an gemeinsamen Entscheidungsfindungen kippen wollte, überrascht.

Interessanterweise wurde in Österreich keine wirkliche bildungspolitische Diskussion über die zu erwartenden Konsequenzen des UG 2002 geführt und ebenso überraschend wurde der Verlust der Mitbestimmung von den Studierenden ohne größeren Widerstand akzeptiert. Dies wohl auch deshalb, weil die Auswirkungen für die voll im Studium stehenden Student/-innen am Beginn nicht wirklich spürbar waren. Es hatte sich für diese Gruppe nicht wirklich viel geändert. Das galt auch für die Studierenden des IfGR.

Was allerdings sofort spürbar wurde, waren die Reaktionen vieler Hochschullehrer/-innen, die den Status von o.univ. Profs oder univ. Profs hatten. Sie begrüßten erstaunlicherweise die plötzlich weit stärkere Hierarchisierung universitärer Strukturen, so, als ob viele nicht an den negativen Folgen der alten professoralen Strukturen der Vor-UG-Zeit zu leiden gehabt hätten.

Sie unterstützten – eigentlich kann man nur annehmen wider besseren Wissens – Veränderungen wie Zielvereinbarungsbestimmungen, die die Freiheit universitärer Lehre und Forschung massiv beschnitten und sie manövierten sich nicht nur in – vom Gesetz her vorgegebene - Positionen mit bislang ungeahntem Eingriffspotential, sondern schufen, wie am Beispiel des Forschungsseminars am IfGR ersichtlich, auch für sie reservierte Spielwiesen. Die mit dieser Entwicklung Hand in Hand gehende Diskriminierung vieler Kolleg/-innen scheint bis heute in ihrer demotivierenden Wirkung nicht begriffen worden zu sein.

Das UG 2002 sollte nach Meinung seiner Initiatoren die Universität entpolitisieren und entbürokratisieren. Sieben Jahre danach ist wohl den meisten klar geworden, dass diese Ziele nicht erreicht wurden. Das Gegenteil ist der Fall. Eine Armada von sich selbst reproduzierenden Einrichtungen macht einem das akademische Leben schwerer als je zuvor und die Politik ist mindestens so präsent wie vor der UG-Zeit.

Wie es möglich war, das Bachelor System, das vom UG vorgeschrieben wird, als Erfolgsstory zu verkaufen, bleibt mir persönlich ein Rätsel. Dass Studierende Widerstand gegen diese Studienstruktur formulieren, kann niemanden, der einen kritischen Blick auf den Status quo wirft, wirklich überraschen, denn universitär kann ein Studium, das mit einer derartigen Stringenz vorgeschrieben ist, wohl nicht mehr genannt werden.

Es wäre schön, wenn auch viele Hochschullehrer den Studierenden Mut machten und sie auf ihrem Weg, die negativen Folgen des UG an eine noch immer hoffnungslos desinformierte Öffentlichkeit zu bringen, unterstützten. Es geht nicht nur um Zugangsbeschränkungen und überfüllte Hörsäle, es geht um die Qualität akademischen Lebens an den Universitäten für alle Beteiligten und es geht darum, deutlich zu machen, dass die Universitäten drauf und dran sind, ihre eigenen Grundsätze zu diskreditieren.

freiRAUM für Notizen

Die Universität: Eine „ruinierte Institution“?

Peter Weichhart (Univ.-Prof. am IfGR)

Ich war offengestanden schon sehr verwundert über die nun seit einigen Wochen laufenden Protestaktionen der Studierenden. Meine Verwunderung bezog sich dabei nicht darauf, *dass* es zu Protestaktionen wie Hörsaalbesetzungen und Demonstrationen gekommen ist.

Verwundert bin ich vielmehr darüber, dass es *erst jetzt*, viele Jahre, nachdem die entscheidenden Weichen in der Hochschulpolitik gestellt worden waren, zu einer ernsthaften politischen Aktion einer der betroffenen Gruppen gekommen ist. Das Universitätsgesetz 2002 und seine Folgewirkungen sowie die rigide Umsetzung des Bologna-Prozesses haben zu einer Entwicklung geführt, welche es nach meiner Einschätzung tatsächlich rechtfertigt, die Universität heute als eine „ruinierte Institution“¹ zu bezeichnen.

Spätestens um die Jahrtausendwende war an unseren Hohen Schulen ein enormer Reformstau evident, und es war klar, dass eine Organisationsreform unausweichlich wurde. Ich bezweifle allerdings heftig, ob der primär von der Ökonomie und vom Neoliberalismus inspirierte Geist der damals eingeleiteten Reform die Gesamtlage unseres Bildungssystems tatsächlich in eine wünschenswerte Richtung gelenkt hat. Die Führungs- und Managementprinzipien, nach denen unsere Universitäten gegenwärtig geleitet werden, mögen sicherlich hervorragend geeignet sein, eine Wurstfabrik oder einen Stahlkonzern möglichst gewinnbringend zu managen, für unsere höchstrangige Bildungseinrichtung halte ich ein striktes Top-Down-Prinzip unter weitgehender Ausschaltung der kreativen Potenziale aller Beteiligten für äußerst kontraproduktiv.

Wissenschaft und Universität haben schon immer nach dem Prinzip der Selbstaussbeutung funktioniert. Ein Übermaß an Frustration setzt dieses Prinzip jedoch außer Kraft und führt oft zu innerer Emigration. Für viele VertreterInnen des Mittelbaus aber auch der Professorenschaft muss ich einen solchen Rückzug schon seit längerem beobachten. Der gegenwärtig vorherrschende Exzellenzstalinismus und der Evaluierungswahnsinn machen es auch den engagiertesten WissenschaftlerInnen immer schwerer, mit Freude und Lust unser wunderschönes Geschäft von Forschung und Lehre zu betreiben.

¹ Ulrike Haß und Nikolaus Müller-Schöll Hrsg., 2008, Was ist eine Universität? Schlaglichter auf eine ruinierte Institution. – Bielefeld.

Wie steht es schön in § 1 des UG 2002? „... Im gemeinsamen Wirken von Lehrenden und Studierenden wird in einer aufgeklärten Wissensgesellschaft das Streben nach Bildung und Autonomie des Individuums durch Wissenschaft vollzogen.“ Ich kann nicht erkennen, dass die gegenwärtige Situation an unseren Universitäten den Vollzug des Strebens nach „Bildung und Autonomie des Individuums“ ermöglicht. Obwohl ich nicht alle Forderungen der aktuellen Studentenbewegung nachvollziehen kann, den überwiegenden Teil dieser Forderungen halte ich für völlig gerechtfertigt. Ich hoffe sehr, dass es gelingt, durch die aktuelle Protestbewegung endlich eine ernsthafte bildungspolitische Diskussion auszulösen und das politische System, das die zentralen Probleme anscheinend gar nicht erkennt, unter Zugzwang zu setzen. Und ich hoffe, dass auch die anderen von der Krise des Bildungssystems betroffenen Gruppen wie Mittelbau und Professorenschaft sich dazu durchringen können, engagiert in diesen Diskurs einzutreten. Denn auch für uns sind die Zustände an den Hohen Schulen nicht länger zumutbar.

freiRAUM für Notizen

Stimmen aus dem Geoskript-Forum

Auch in unserem Forum (geoskript.forencity.at) wird über die derzeitigen Proteste der Studierenden diskutiert. Bereits fünf Seiten lang ist die Ansammlung von Pro und Contra- hier ein kleiner, kommentierter Auszug:

„Anfangen bei dem unmöglichen linkslinken Gezeck [...]“

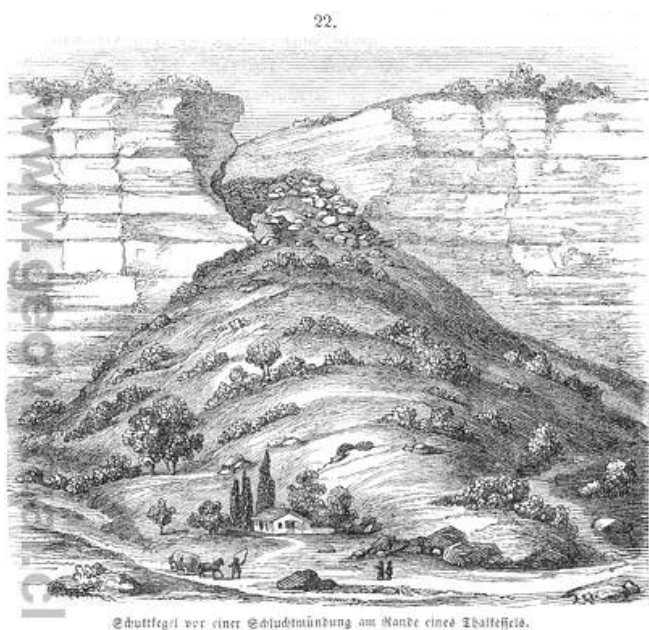
Ein Blick in die besetzten Hörsäle zeigt: es sind eben nicht nur die üblichen „Linkslinken“, die - überspitzt dargestellt - sowieso wegen jeder Kleinigkeit Radau schlagen. Die Heterogenität der Protestbewegung lässt erkennen, dass die Hemmschwelle überschritten ist, die die breite Masse daran hindert aufzustehen und sich gegen die schlechten Studienbedingungen zu wehren. Die bunte Mischung, der Protestierenden ist bestimmt mit ein Grund für das erfolgreiche Weiterbestehen der Bewegung.

„Zur Geographie kann ich eigentlich nur sagen, dass wir es eigentlich doch recht gut haben, oder?“

Wie die/der Zitierte weiter schreibt, trifft das vielleicht darauf zu, dass die Geographie kein „überranntes“ Studium ist. Inhaltlich liegt es aber oft im Argen: kaum kritische Themen und Betrachtungsweisen, Massenabfertigung und gegenüber anderen Studienrichtungen hoher Leistungsdruck, was klar auf Kosten der Qualität des Studiums geht. Außerdem ist die Solidarität zwischen den Studienrichtungen der Grund für die derzeitige Bildungsdebatte – alleine hätte das wohl kein Institut geschafft.

In Bezug zur Arbeit der AG Geo: *„...aber als von Gott bestellte Vertretung des IfGR für ALLE unsere Studenten, werdets schon wissen, was ihr tut“*

Wir sind der Teil der HörerInnenversammlung vom 27.10., der beschlossen hat sich aktiv an den Protesten zu beteiligen. Von Anfang an waren alle Geographiestudierende, Lehrende und Interessierte jederzeit willkommen sich aktiv einzubringen, oder auch Kritik anzubringen. Wenn also auch du dein Studium mitgestalten willst, komm zur Vollversammlung unseres Institutes, bei der gemeinsam weitere Schritte besprochen werden sollen.



© Schuttkegel vor einer Schuttkegelmündung am Rande eines Thalfeldes.

Raumobjekt der Woche!

„Der freche Schuttkegel schmiegt sich an den steilen Hang. Sanft geweckt durch Morgensonne, erwärmt sich seine saftige Wiese! „

Und nun weiter mit Niveau....

Anstoß zur kritischen Reflexion

Wir haben uns entschlossen diesen Artikel im Rahmen des freiRAUM zu verfassen, da eine kritische Reflexion der vermittelten Lerninhalte am IfGR nur selten gefordert als auch gefördert wird. Darüber hinaus wird das nach unserer Meinung oftmals feststellbare unkritische Bewusstsein der Studierenden im Zuge der fortschreitenden Verschulung der universitären Bildung begünstigt.

Wenn bei Lehrenden kritische Äußerungen zwischen den Zeilen zu lesen sind, werden diese häufig von einem resignierten Beigeschmack begleitet. Dieses Phänomen ist aber durchaus nicht nur auf die Räumlichkeiten unseres Instituts beschränkt, sondern bei großen Teilen der Gesellschaft wiederzufinden. Um jedoch zu einer fortschrittlichen Veränderung der Gesellschaft beizutragen, ist eine kritische Analyse seitens der Wissenschaft unabdingbar. Auch wenn, „formal gesehen, wissenschaftliches Denken immer kritisches Denken ist“, zumindest „kritisch gegenüber anderen Ansätzen und Autoren“¹, ist dennoch zwischen Fragestellungen zu unterscheiden, die sich auf das reine Beschreiben gegenwärtiger Strukturen beschränken und jenen, die über disziplinäre Grenzen hinaus selbstverständlich erscheinende Strukturen in Frage stellen.

Dies betrifft insbesondere auch die GeographInnen, die ihr Wirken nicht nur auf das reine Beschreiben der Strukturen und Prozesse der Welt reduzieren, sondern vielmehr

¹ MARKARD, M., (2005): Wissenschaft, Kritik und gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse. In: KAINDL, C. (Hrsg.), Kritische Wissenschaften im Neoliberalismus. Marburg: BdWi, S. 25s

die bestehenden Strukturen und (Macht-)Verhältnisse kritisch hinterfragen sollten.

Neben der kritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Methodik und Disziplingeschichte, gilt es auch die Rolle der Geographie gegenüber der Gesellschaft zu thematisieren. „Ohne Zweifel hat sich die Geographie immer als 'politisch' empfunden und versucht ihre Aufgabe dem jeweiligen politischen Zeitgeist unterzuordnen“². Brogiato äußerte in diesem Zusammenhang vor allem Kritik daran, dass sich diese Geographie „somit als staatsbejahend und systemstabilisierend“ erweise³. Bereits die traditionelle Geographie hat unter anderem in Zeiten des Kolonialismus gezeigt, dass die Beschreibung des Raums nicht wertneutral geschehen kann.

Aufgrund der oftmals betonten ganzheitlichen Sichtweise und der inhärenten Interdisziplinarität ist auch die Geographie, sowie jede Wissenschaft dazu verpflichtet, sich am gesellschaftspolitischen Diskurs zu beteiligen. Aus diesen Gründen ist es unabdingbar, dass wir uns aktiv einbringen und dabei kritisch hinterfragen. Es ist unser Recht, wenn nicht sogar unsere Pflicht, unserem Unmut Ausdruck zu verleihen, wenn wir mit den derzeitigen Bedingungen unzufrieden sind.

² BROGIATO, H. P.,(2005): Geschichte der deutschen Geographie im 19. und 20. Jahrhundert - ein Abriss. In: SCHENK, W. & SCHLIEPHAKE, K. (Hrsg.): Allgemeine Anthropogeographie. Gotha, S. 45.
³ ebd.

						9	2	
6	5				1			
		3		7			5	
3		5						
			9		5	4	3	
7				6		8		
1				4	6			
	7	8				5		
		2	7					

Sudoku für zwischen den Texten.
 Nicht schummeln und Viel Erfolg!

Quellen

AG Geographie
www.unsereuni.at/wiki/index.php/Geographie_AG

www.unsereuni.at

Schmutziger Schuttkegel
www.geovirtual.cl/geoliteratur/Rossmassler/022Schuttkegel400.jpg

Impressum

AG Geographie
ag_geographie@gmx.at